

## WNK/ UWG: Stefan Kind bleibt Vorstand



Stefan Kind wurde einstimmig wiedergewählt. Foto: WNK/UWG

Einstimmig wurde der Wermelskirchener Stefan Kind bei der Jahresversammlung der WNK/UWG als Vereinsvorsitzender wiedergewählt. Sein Stellvertreter für den Verein bleibt weiterhin Thorn Seidel, die Geschäftsführung obliegt weiter Henning Rehse. Herrmann Opitz gehört dem Vorstand als Pressesprecher an, während Klaus Brosze die Vereinskasse weiterhin führen wird. Die Rolle des Schriftführers verbleibt bei Dr. Werner Güntermann. Als Beisitzer: Olaf Allendorf, Bettina Bernhard, Doris Blicke, Ingo Freitag, Anja Güntermann (neu im Vorstand), Norbert Kellner, Jan Paas, Annette Stamm-Röhrich und Dirk Wartmann. *WKA 7.9. red*

## WNKUWG will 2020 die SPD im Rat ablösen

BH 7.9.18

(tei.-) Einstimmig wurde **Stefan Kind** auf der Jahreshauptversammlung der WNKUWG als Vereinsvorsitzender wiedergewählt. Sein Stellvertreter bleibt **Thorn Seidel**, die Geschäftsführung obliegt weiterhin den bewährten Händen von **Henning Rehse**. **Herrmann Opitz** gehört dem Vorstand als Pressesprecher an, während **Klaus Brosze** die Vereinskasse weiterhin führen wird. Die Rolle des Schriftführers verbleibt bei **Dr. Werner Güntermann**.

Überraschungen gab es bei den Positionen der nun neun Beisitzer. „Aufgrund einer vorher abgestimmten Satzungsänderung, sind wir nun in der Lage, einige neue Mitglieder, wie **Olaf Allendorf, Ingo Freitag** und **Annette Stamm-Röhrich**, direkt in die Vorstandsarbeit mit einzubinden“, so Kind, der sich über das Engagement seiner Neuzugänge sehr freut. „Sie haben bereits in den Anfängen bei uns bewiesen, dass ihr Herz für Wermelskirchen und seine Mitmenschen schlägt und das geht am besten bei der WNKUWG als der Bewegung in unserer Stadt, die sich ganz dem Bürgerwillen, losgelöst von politischen Ideologien, widmet.“

Als Beisitzer sind im WNKUWG-Vorstand nun vertreten: **Olaf Allendorf, Bettina Bernhard, Doris Blicke, Ingo Freitag, Anja Güntermann** (neu im Vorstand), **Norbert Kellner, Jan Paas, Annette Stamm-Röhrich** und **Dirk Wartmann**.

In seinem Bericht bekräftigte Stefan Kind das Engagement der WNKUWG beim „Fest“ sowie die Unterschriftensammlung für die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen. Weiter blickte der 45-Jährige zurück auf eine gelungene Fahrt des Bürgervereins zum Braunkohltag in Hambach und versprach für 2019 weitere Aktivitäten. Zukünftig wird sich der neue Vorstand verstärkt um das Thema Digitalisierung, mehr Bürgerversammlungen in den Wahlkreisen und um weitere öffentliche Veranstaltungen kümmern.

„Im Jahr 2020 möchten wir die SPD als Nummer zwei im Rat der Stadt Wermelskirchen ablösen“, kündigte Kind an, der die WNKUWG gut aufgestellt sieht und sich durch die in seinen Augen verfehlte Politik der angeblich etablierten Parteien noch weitere Mitgliederzuwächse erhofft.

# Kehrdienst: Bürger zahlen für nichts

WGA  
12.01

Durch die Umlage der Reinigungskosten auf die Steuer kostet es für alle. Gereinigt wird aber nicht überall.

Von Anja Carolina Siebel

Man stelle sich vor, eine Stadt hat einen Kehrdienst, der aber kaum etwas ausrichten kann, weil die Kehrmaschine in vielen Straßen nicht in die Ecken kommt. So oder so ähnlich läuft es in Wermelskirchen.

„Bei uns in der Goethestraße haben wir die Straßenreinigung als Anwohner längst selbst übernommen“, sagt Henning Rehse. Der Vorsitzende der WNK/UWG hat das Thema „Kehrdienst“ dieser Tage wieder aufs Tapet gebracht. Er möchte dazu von der Stadt wissen, ob es nicht möglich sei, nur jene Anwohner für den Kehrdienst zur Kasse zu bitten, bei denen er tatsächlich ausgeführt werden kann.

Das Problem schildert Rehse selbst: „Vor über 30 Jahren, als der Dienst eingeführt wurde, konnte die Kehrmaschine problemlos in fast jeder Straße kehren. Dann wurden bei uns aber beispielsweise Bauminseln errichtet; zudem erhöhte sich der Parkdruck, so dass die Kehrmaschine gar nicht mehr



Die Stadt Wermelskirchen teilt sich eine Kehrmaschine mit Burscheid.

Foto: Wintgen

in die Ecken kommt.“ Immer wieder habe er sich bei der Stadt nach dem genauen Prozedere des Kehrens erkundigt, sagt Rehse. „Einmal haben die gesagt, da sei ein Beikehrer dabei, der quasi zu Fuß die Ecken reinigt. Ein anderes Mal sagten sie, es gebe an der Kehrmaschine spezielle Vorrichtungen, die auch in die Ecken gelangen. Beides habe ich selbst bei genauem Hinschauen nie entdecken können.“ Eine zufriedenstellende Antwort auf seine Fragen habe er bis heute von der Stadtverwaltung nicht bekommen, sagt Rehse.

Fakt ist: Im Oktober 2012 wurden die Straßenreinigungsgebühren per Ratsbeschluss mit nur einer Gegenstimme für Wermelskirchen

abgeschafft. Gleichzeitig erhöhte die Stadt die Grundsteuer B. Darin sind seitdem auch die Gebühren für die Straßenreinigung enthalten.

**„Es gibt Menschen, denen ist es absolut wichtig, dass die Kehrmaschine regelmäßig kommt.“**

**Volker Niemz,**  
Leiter des Betriebshofes

„Vorher haben tatsächlich nur die Anwohner Straßenreinigungsgebühren gezahlt, in deren Straße wir auch reinigen konnten“, berichtet Volker Niemz, Leiter des Betriebshofes.

Mit Einführung der Gebühr für alle durch die Steuererhöhung habe die Stadt eine Kehrmaschine angeschafft, die sie sich seither mit der Stadt Burscheid teilt. An drei Tagen pro Woche wird in Wermelskirchen gereinigt. Alle Straßen. Mit allerdings mäßigem Ergebnis: „Wir können tatsächlich nicht alles zufriedenstellend reinigen, unter anderem wegen der Parksituation“, räumt Volker Niemz ein.

Um zu gewährleisten, dass tatsächlich großflächig alles zufriedenstellend durch die Kehrmaschine gereinigt würde, müsste die Stadtverwaltung laut Niemz eine straffere Fahrtroute haben: „Es gibt ja auch Möglichkeiten wie zum Beispiel das alternierende

Parkverbot. Dazu bräuchten wir aber eine eigene Kehrmaschine, die dann auch zuverlässig einmal pro Woche jedes Gebiet anfährt. Zurzeit schaffen wir das maximal alle drei Wochen.“

Den Kehrdienst, wie Henning Rehse vorschlägt, nur noch in jenen Straßen in Wermelskirchen anzubieten, in denen die Maschine gut durchkommt, hält Niemz nicht für praktikabel: „Es gibt Menschen, die finden es absolut wichtig, dass in ihrer Straße die Straßenränder von der Stadt gefegt werden.“

Dass der Kehrdienst in Wermelskirchen „ein Manko“ ist, räumt Volker Niemz ein. Ohne den privaten Einsatz der Bürger komme man derzeit nicht

## REINIGUNG

**PRIVATLEUTE** Die Pflichten zur Straßenreinigung sind im Ortsrecht der Stadt festgelegt. Wichtigster Punkt in der Satzung für die Grundstückseigentümer im Herbst: „Laub ist unverzüglich zu beseitigen, wenn es eine Gefährdung des Verkehrs darstellt.“ Jede Stadt kann die Pflicht, die Straße „im Sommer“ zu reinigen, auf die Anlieger übertragen.

aus. Und für eine bessere öffentliche Straßenreinigung fehle es an Equipment. Beispielsweise an einer eigenen Kehrmaschine, die täglich einsetzbar sei. » Standpunkt

## STANDPUNKT

# Da hilft nur aushalten

Von Anja Carolina Siebel

**G**ebühren zahlen für eine Leistung, die gar nicht vernünftig von öffentlicher Hand erbracht werden kann? Da werden sicher einige Wermelskirchener aufhorchen. Völlig zu recht. Denn selbst die Stadtverwaltung räumt ein, dass die Straßenreinigung ein Manko in Wermelskirchen ist. Allerdings ist dieses Problem auch nicht ohne weiteres zu lösen. Wenn es tatsächlich Menschen gibt, denen das regelmäßige Vorbeikommen der Kehrmaschine – wenn auch in der ein oder anderen Straße ohne jegliche Funktion – so wichtig ist, werden sie kaum dafür stimmen, dass die Reinigung künftig ausfällt. Ein alternierendes Parkverbot, um Platz zu

schaffen, gestaltet sich schwierig. Kaum möglich, ein ganzes Viertel zu räumen, nur weil die Kehrmaschine anrückt. Hinzu kommt aber auch, dass eine Kommune wie Wermelskirchen, die sich in der Haushaltssicherung befindet, ohnehin die Grundsteuer nicht senken darf. Die Gebühren bleiben also bestehen. Auf den ersten Blick bleibt nur eines: die Ungerechtigkeit aushalten und an der einen oder anderen Ecke selbst zum Besen greifen.  
» Kehr-  
dienst: ...



**anja.siebel**  
**@rga-online.de**

# Kritik an Kehrdienst: nur reinigen, wo gewünscht

BM  
13.09

(pd) Wird für den Kehrdienst Geld erhoben, aber nicht die voll umfängliche Leistung erbracht? Diese Frage wirft die WNKUWG-Fraktion in einem Brief an die Stadtverwaltung auf. Sie kritisiert, dass beim Kehren nicht sorgfältig genug gearbeitet werde. Anlass dazu sind Beobachtungen des Vorsitzenden Henning Rehse im Bereich der Bauminseln an der Goethestraße.

„Vor einigen Jahren wurde von der gesonderten Erhebung der Gebühren für den Kehr- und Winterdienst abgegangen und die Kosten dafür in die Grundsteuer eingerechnet. Dass es jetzt keinen gesonderten Bescheid hierüber mehr gibt, bedeutet aber nicht, dass es zumindest finanziell keinen Kehrdienst mehr

gibt. Die Bürger zahlen nach wie vor für ihn, nur halt nicht mehr in einer gesonderten Position auf dem Gebührenbescheid“, schreibt Rehse. Doch für welche Leistungen bezahlen die Bürger?

In den 80er Jahren sei die Goethestraße mit Bauminseln aufgehübscht worden. Diese führten jedoch dazu, dass die Kehrmaschine nicht mehr durchgängig den Rinnstein fegen könne – zudem wenn auch noch durchgängig geparkt werde, so Rehse. Schon vor Jahren habe er die Problematik angesprochen. Die Verwaltung habe erklärt, dass die Bauminseln kein Problem seien, da die Kehrmaschine einen „Beikehrer“ besitze. Nun habe er gesehen, dass die komplette rechte Seite der

Goethestraße – vor und hinter den vier Bauminseln und der Stellfläche der Wertstoffcontainer – zwar nicht beparkt wurde, die Kehrmaschine geraume Zeit vor der ersten Bau-

## „Wir teilen uns die Kehrmaschine mit Burscheid“

Harald Drescher  
Leiter Tiefbauamt

minsel kurbelte. Außerdem führe die üppige Vegetation im Rinnstein entlang der Bauminseln und an den Wertstoffcontainern dazu, dass das Wasser nicht ablaufe und sich der Schmutz absetze. Rehse: „Die nachfolgenden drei Bauminseln wurden

dann ohne Einsatz eines wie auch immer gearteten Beikehrers zügig passiert, ohne dass in den Ecken irgendwelche Reinigungsarbeiten vorgenommen wurden“, obwohl dies problemlos möglich gewesen wäre. Dann habe die Kehrmaschine aus dem Rinnstein den Schmutz noch auf den von ihm frisch gereinigten Bürgersteig geworfen.

In den meisten Straßen mache der Kehrdienst aus technischen Gründen keinen Sinn. Er solle deshalb eingestellt werden, die Bürger von den Kosten entlastet und ihnen die Aufgabe inklusive der Befreiung des Rinnsteins vom Grün übertragen werden, regt Rehse an

Den Vorwurf einer nachlässigen Arbeit beim Straßenkehren weist

Harald Drescher, Leiter des Tiefbauamtes, von sich. Die dem Schreiben beigelegten Fotos von Henning Rehse lieferten den Beweis, das Kehrergebnis sei zufriedenstellend. In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, dass sich Wermelskirchen die Kehrmaschine mit Burscheid teilt. Sie sei an drei Tagen in der Woche hier im Einsatz, die einzelnen Straßen könnten daher nur rund alle vier Wochen gereinigt werden.

Beschwerden von Bürgern über den Kehrdienst gebe es immer wieder, das Anspruchsdenken sei teilweise hoch. Den Service aber nur auf bestimmte Straßen zu beschränken, weil einige Anlieger ihn nicht wünschten, sei jedoch nicht möglich.

# Ausschuss soll neue Satzung diskutieren

WNK/UWG stellt Antrag nach Beschluss. <sup>1114</sup> 26.09.

Viele Bürger regen sich über mangelnde Sauberkeit in ihrer Stadt auf. Die meisten wünschen sich, dass den Übeltätern saftige Strafen drohen. Mit Satzungen regeln Städte, wie sie mit dem Thema Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit und Ruhe umgehen. In Wermelskirchen wurde diese mit Zustimmung der Politik als neue Satzung beschlossen. Die WNK/UWG will nun wissen, wie sie umgesetzt werden kann und welche Bußgelder künftig drohen. Für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 1. Oktober stellt sie eine umfangreiche Anfrage.

Zum einen fragt sie nach dem neuen Bußgeldkatalog und - wenn es diesen bereits gibt, - ob die Höhe der „Knöllchen“ nach einer Ordnungswidrigkeit eine abschreckende Wirkung habe. Außerdem möchte sie wissen, wie hoch die Erträge in den Jahren 2015 bis 2017 aus den verhängten

Bußgeldern waren. Derzeit arbeitet die Verwaltung an einem Rahmenkatalog für die Ordnungswidrigkeiten, teilt Arne Feldmann, Leiter des Ordnungsamtes, mit.

Dabei gibt das Ordnungswidrigkeitengesetz einen Rahmen von fünf bis 1000 Euro vor. Den Kommunen werde bei Festlegung der Höhe demnach ein gewisser Spielraum eingeräumt. „Auch nach Festlegung gibt es Ermessensspielräume je nach Grad und Häufigkeit des Vergehens“, sagte Feldmann. Wiederholungstätern drohe ein höheres Bußgeld. Nach Fertigstellung sei vorgesehen, den Katalog im Internet zu veröffentlichen.

„Wie viel Personal im Außen- bzw. Innendienst sieht das Ordnungsamt als notwendig an, um die Verordnung inhaltlich wie flächendeckend nachhaltig umzusetzen?“, will die Fraktion zudem wissen. *pd*

## WNK/UWG <sup>116A</sup> 15.09. hat Fragen ans Ordnungsamt

Die WNK/UWG hat Fragen ans Ordnungsamt. Es geht um die „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, die der Rat jüngst beschlossen hatte. Die Fraktion will unter anderem wissen, wie hoch die im entsprechenden Paragraphen genannten Geldbußen sind.

Und: „Gibt es hierzu einen Bußgeldkatalog? Falls ja, wie sieht dieser aus?“ Zudem sei interessant, ob die Höhe der Bußgelder zeitgemäß sei. Zudem möchten die Politiker wissen, wie in den Jahren 2015 bis 2017 die Erträge aus den verhängten Bußgeldern waren.

Von Interesse sei auch, wie viel Personal im Außen- und Innendienst das Ordnungsamt als notwendig ansehe, um die Verordnung inhaltlich wie flächendeckend nachhaltig umzusetzen. Und: „Plant die Verwaltung im Sinne vorgenannter Fragen die Erstellung eines Konzeptes und beabsichtigt sie, dieses den Gremien zur Kenntnis vorzulegen? Falls ja für wann ist das geplant?“ *acs*

# Stadt erarbeitet „Bußgeldkatalog“<sup>BM 19.04</sup> für mehr Ordnung und Sicherheit

(pd) Taubenplage in der Innenstadt, Kippen in Pflasterfugen, Kaugummi oder das Hundehäufchen auf dem Gehweg – viele Bürger regen sich zu Recht über mangelnde Sauberkeit in ihrer Stadt auf. Schließlich leidet das Image eines Ortes, an dem es schmutzig und laut zugeht. Und die meisten wünschen sich, dass den Übeltätern saftige Strafen drohen. Mit Satzungen regeln Städte, wie sie mit dem Thema Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit und Ruhe umgehen. In Wermelskirchen wurde diese mit Zustimmung der Po-



Dreck in der Innenstadt: Eine Firma kehrte vor dem Eingang des Stadtkarree Kippen zusammen. FOTO:TEIFEL

litik in einigen Punkten geändert und als neue Satzung beschlossen. So ist zum Beispiel ein Taubenfütterungs-Verbot eingeführt worden.

Die WNKUWG will nun wissen, wie diese umgesetzt werden kann und welche Bußgelder künftig drohen. Für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 1. Oktober stellt sie eine umfangreiche Anfrage. Zum einen fragt sie nach dem neuen Bußgeldkatalog und – wenn es diesen bereits gibt, – ob die Höhe der „Knöllchen“ nach einer Ordnungswidrigkeit eine abschreckende Wirkung hat. Außerdem möchte sie wissen, wie hoch die Erträge in den Jahren 2015 bis 2017 aus den verhängten Bußgeldern waren.

Derzeit arbeite die Verwaltung an einem Rahmenkatalog für die Ordnungswidrigkeiten, teilt Arne Feldmann, Leiter des Ordnungsamtes, auf Nachfrage dieser Zeitung mit. Dabei gibt das Ordnungswidrigkeitengesetz einen Rahmen von fünf bis 1000 Euro vor. Den Kommunen werde bei Festlegung der

Höhe demnach ein gewisser Spielraum eingeräumt. „Auch nach Festlegung gibt es Ermessensspielräume je nach Grad und Häufigkeit des Vergehens“, sagte Feldmann auf Nachfrage dieser Zeitung. Wiederholungstätern drohe ein höheres Bußgeld. Nach Fertigstellung sei vorgesehen, den Katalog im Internet zu veröffentlichen.

Verbote wirken nur, wenn Kontrollen erfolgen. Daher stellt die WNKUWG auch die Personalfrage: „Wie viel Personal im Außen- bzw. Innendienst sieht das Ordnungsamt als notwendig an, um die Verordnung inhaltlich wie flächendeckend nachhaltig umzusetzen. Und wie hoch könnte sich bei intelligentem Ressourcenmanagement und angepassten Bußgeldern der Kostendeckungsgrad entwickeln?“ So gelinge es einigen Städten durchaus, die Personalausgaben in diesem Bereich zum Teil aus den Bußgeldeinnahmen zu refinanzieren, sagte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse.

## Diskussion über <sup>011</sup> ärztliche Versorgung <sup>24.09.</sup>

(pd) Die hausärztliche Versorgung ist in vielen ländlich geprägten Regionen ein Problem. Mediziner lassen sich eher in Großstädten nieder. Die WNKUWG lädt zu einer Diskussionsrunde zu diesem Thema für Donnerstag, 25. Oktober, 19.30 Uhr, in die Kattwinkelsche Fabrik ein. Auf dem Podium nehmen Platz: Bundestagsabgeordneter Dr. Hermann-Josef Tebroke, Landtagsabgeordneter Rainer Deppe, Bürgermeister Rainer Bleek, Dr. Heribert Otto Wiemer von der Kassenärztlichen Vereinigung, Tobias Hopff, Obmann der niedergelassenen Ärzte, und Christian Madsen, Geschäftsführer des Krankenhauses Wermelskirchen. Interessierte sind eingeladen, die Diskussion zu verfolgen. Danach gibt es Gelegenheit zu zwanglosen Gesprächen bei einem kleinen Imbiss.

## Ärztemangel: WNK/UWG lädt zur Diskussion

Eingeladen sind  
Mediziner, Politiker  
und Bürger.

Die Fraktion WNK/UWG interessiert sich für das Thema „Hausärztliche Versorgung“ in Wermelskirchen. Seit Jahren bekommen ländliche Regionen den Mangel an Hausärzten zu spüren. Allein in Wermelskirchen sind 7,5 Stellen unbesetzt, auf einen Hausarzt kommen mehr als 2100 Einwohner. Vor diesem Hintergrund will die WNK/UWG mit Vertretern aus Medizin und Politik diskutieren. Eingeladen sind der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann-Josef Tebroke, Landtagsabgeordneter Rainer Deppe, Bürgermeister Rainer Bleek, Dr. Heribert-Otto Wiemer von der Kassenärztlichen Vereinigung, Tobias Hopff, Obmann der Wermelskirchener Hausärzte und Christian Madsen, Geschäftsführer des Krankenhauses. Die WNK/UWG weist darauf hin, dass auch Bürger zum Mitdiskutieren eingeladen sind.

<sup>acs</sup>  
WG 12.9.

Donnerstag, 25. Oktober,  
19.30 Uhr, Kattwinkelsche  
Fabrik

# Loches-Platz: Stadt könnte Fläche kaufen

Das Architekturbüro Graf+Graf stellte die Pläne für das neue Gebäude detailliert vor. WkA  
24.09

Von Solveig Pudelski  
und Anja Carolina Siebel

Wird die Stadt einen Teil der Loches-Platz-Fläche vom Investor zurückkaufen, um mehr Platz für öffentliche Stellplätze und die Herbstkirmes zu gewinnen? Diese Option stellte Thomas Marner, Technischer Beigeordneter, in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vor.

Es geht um eine 600 Quadratmeter große, im Norden gelegene Teilfläche am Brückenweg, gegenüber der Zufahrt zur Sparkassen-Tiefgarage. Diese wurde ebenfalls an den Investor, die Volksbank Rhein-Lahn-Limburg, veräußert. Geplant war dort optional ein Gebäude (Punkthaus), das allerdings nicht zum winkelförmigen Gebäudekomplex auf dem Loches-Platz gehört.

„Dort könnte ein Parkplatz mit 15 bis 20 Stellplätzen angelegt werden. Und für die Herbstkirmes stünde mehr Fläche zur Verfügung“, sagte Marner. Allerdings würde die Stadt auf 170 000 Euro Grundstücksverkaufserlös verzichten, wenn die Teilfläche zurückgekauft würde.

Das Thema Loches-Platz-Bebauung kam auf den Tisch, um den nächsten Schritt im Verfahren einzuleiten: Die Aufstellung des neuen Bebauungsplans (BP) mit frühzeitiger Bürgerbeteiligung - der Ausschuss gab dafür einstimmig grünes Licht. Die WNK/UWG hatte angeregt, in den Bebauungsplan noch die Grundstücke Eich 12 und 12 a einzubeziehen. „Nicht wir haben aber den Antrag gestellt, die Grundstücke aufzuneh-

men, sondern der Nachbar und Besitzer der Grundstücke“, betont Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Die WNK/UWG werde unter Umständen den Antrag unterstützen.

Wird einem solchen Antrag nicht stattgegeben, könne der Anlieger gegen den B-Plan im Zuge eines Normenkontrollverfahrens unter Sicherung vorläufigen Rechtsschutzes klagen. Dann sei das Projekt auf Jahre gestoppt.

## Projektbeginn würde sich erheblich verzögern

Rehse: „Wir halten den Antrag des Nachbarn für sinnvoll, die Wirkungen auf das Projekt Loches-Platz wegen des dann mehr zur Verfügung stehenden Platzes für Kirmes und Parkplätze für hervorragend und möchten keine Verzöger-

ung des Projekts.“ Es handelt sich um einen schmalen Streifen südlich der BP-Fläche, dessen Eigentümer zum Verkauf bereit wäre.

Friedel Burghoff (Büfo) appellierte, diese Möglichkeit zu überprüfen, doch CDU und SPD winkten ab. Man solle alles vermeiden, was die Neugestaltung des Loches-Platzes verzögern könnte.

Auch Pascal Hilb vom Architekturbüro Graf+Graf, das der Investor beauftragt hat, stellte dazu klar, dass die bereits sehr fortgeschrittenen Planungen in Phase 1 zurückrutschen würden, käme man dem Vorschlag nach. Zuvor hatte Hilb den Politikern die Planungen und späteren Nutzungen detailliert vorgestellt. Das Gros der Flächen sei vermietet.



Der Entwurf des Architekturbüros sieht einen modernen Baukörper mit horizontalen Bändern und gläsernen Fronten zum Loches-Platz vor. Entwurf: Architekturbüro Graf+Graf/Montabaur

# Grünabfälle: Bürger müssen warten

WNK/UWG fordert ein neues Konzept für die Entsorgung. Das jetzige sei rechtlich nicht einwandfrei.

Von Christian Werth

Die Grünzeugabgabe auf dem Wertstoffhof an der Albert-Einstein-Straße ist für viele Bürger weiterhin ein Stein des Anstoßes. So reiht sich an den kostenfreien Abgabeterminen regelmäßig Auto an Auto, um gesetzeskonform Grünes loszuwerden.

Im Oktober vorigen Jahres stellte die WNK/UWG den Antrag, im Ausschuss für Umwelt und Bau über die Grünfallentsorgung in Wermelskirchen zu diskutieren. Denn es war immer wieder zu langen Warteschlangen an den Grünabfalltagen gekommen.

Teilweise, das hatte die Fraktion unter Federführung vom Vorsitzenden Henning Rehse damals angemerkt, hätten die Wartezeiten vor dem Kompostplatz an der Albert-Einstein-Straße bis zu zwei Stunden betragen.

Hinzu komme, dass auf dem Platz selbst wenig Platz zum Entladen und Wenden eines Anhängers vorhanden sei. Des-

WKA 27.09.2018



Zu den Öffnungszeiten tummeln sich am Wertstoffhof an der Albert-Einstein-Straße die Autos. Die Bürger ärgern sich über lange Wartezeiten und Chaos. Das Thema brachte die WNK/UWG auf den Tisch.

Foto: Christian Werth

halb solle die Grünabfallentsorgung optimiert werden, zumal es in Nachbarstädten wie Hückeswagen, Remscheid oder Burscheid jederzeit möglich sei, Grünabfall kostenlos zu entsorgen, hieß es seinerzeit im Antrag.

Dass sich der Problematik bis heute niemand angenommen habe und die Situation ein Jahr später noch immer unverändert sei, bemängelt jetzt WNK/UWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse und geht sogar noch einen Schritt weiter. „So wie es im Moment ist, dürfte man dort eigentlich gar nichts abgeben. Das ist rechtlich nämlich nicht einwandfrei“, erklärt Rehse, dass für die Abgabe kein privatwirtschaftlicher Betrieb wie Reterra, sondern zwingend der Bergische Abfallwirtschaftsverband

(BAV) als kommunale Instanz zuständig sein müsse.

Diese Information habe Rehse bereits im Juni bei einem privaten Gespräch mit BAV-Geschäftsführerin Monika Lichtinghagen-Wirths in Erfahrung gebracht – und warte seitdem auf einen konkreten Konzeptvorschlag durch den Verband.

#### **Rehse will weiter eine kostenlose Grünzeugabgabe vorantreiben**

Zudem will Rehse weiterhin eine kostenlose Grünzeugabgabe vorantreiben und die entstehenden Sammelkosten durch den BAV zukünftig durch eine allgemeine Gebührenerhöhung kompensieren. „Nur wenn sich die Kosten auf alle Bürger verteilen, kann verhindert werden, dass Leute ih-

ren Grünabfall einfach in den Wald werfen. Schließlich sehen die Wälder ja für alle besser aus“, argumentiert Rehse seine Idee einer durchweg kostenfreien Abgabe.

BAV-Abfallwirtschaftler Christoph Rösgen weiß indes nichts von einem zu erstellenden Konzept und klärt auf, dass nur die Stadt Wermelskirchen diesen Auftrag erteilen könnte. „Gegen die jetzige Vorgehensweise gibt es rechtlich keine Einwände“, betont Rösgen und erklärt, dass Reterra als privatwirtschaftlicher Betrieb sehr wohl zwischengeschaltet sein dürfe und das gesammelte Grün stets an den BAV weiterreichen würde.

Eine direkte BAV-Sammelstelle befürwortet grundsätzlich auch Stadtkämmerer Dirk

## **GRÜNABFALL-ENTSORGUNG**

**HAUSHALT** Normale Haushalts-Grünabfälle werden in der braunen Biotonne oder dem Komposter entsorgt. Für den Fall, dass mehr Grünabfälle anfallen als üblich: Grünabfallsäcke gibt es zum Beispiel im Bürgerbüro. Zudem führt die Firma Reterra 14-tägig eine kostenlose Grünabfallsammlung durch (siehe Kalender).

**ÖFFNUNGSZEITEN RETERRA** Vom 1. April bis 31. Oktober: Montag bis Freitag von 7.30 bis 17 Uhr, Samstag von 8 bis 12 Uhr. Vom 1. November bis 31. März: Montag bis Donnerstag von 8 bis 16 Uhr, Freitag von 8 bis 13 Uhr sowie Samstag von 8 bis 12 Uhr, Kompostieranlage Albert-Einstein-Straße 28, ☎ (0 21 96) 97 29 32.

Irlenbusch und bewertet die jetzige Lösung als „pragmatisch“. „Das wäre für die Stadt und die Bewohner sehr attraktiv und wünschenswert. Allerdings sind die entsprechenden Gewerbeflächen sehr knapp und werden von ortsansässigen, aber auch von externen

Firmen sehr stark nachgefragt“, relativiert Irlenbusch. Einen Kostenunterschied für die Gebührenordnung würde es nicht machen, weil auch der Betrieb einer eigenen BAV-Sammelstelle zusätzliche Kosten mit sich brächte“, erklärt der Kämmerer. » Standpunkt

## Der Bürger möchte Lösungen

Von Anja Carolina Siebel

Es mag sein, dass es tatsächlich rechtlich keine Einwände gegen die jetzige Regelung zur Grünabfall-Entsorgung gibt. Stein des Anstoßes bleibt sie trotzdem. Denn bis heute hat es keine Lösung, ja nicht mal einen Vorschlag gegeben, wie zu verhindern sein könnte, dass an den Abladetagen an der Albert-Einstein-Straße zumindest zeitweise das absolute Chaos herrscht. Lange Warteschlangen, verärgerte Bürger, die teilweise wegfahren. Wie die Geschichte dann endet, ist unklar. Möglicherweise aber zu erahnen. Denn immer wieder gibt es Meldungen von achtlos weggeworfenen Grünabfällen in Wald- oder Randgebieten. Wäre es unproblematischer, Abfälle legal zu entsorgen,

blieben die vielleicht nicht ganz aus. Aber die Wahrscheinlichkeit für Wildentsorgung würde minimiert. Den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben – einer fordert ein Konzept, der andere behauptet, diese Forderung hätte es nie gegeben – nützt dem Bürger, der sich mit seinem Abfall in der Schlange ärgert, wenig. Er möchte Lösungen. Und Verwaltung und Politik sind da, diese möglichst rasch zu liefern.

» Grünabfälle ...



anja.siebel  
@rga-online.de